



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e.V.

VBE – Verband Bildung und Erziehung – Westfalendamm 247 – 44141 Dortmund

Staatskanzlei NRW
Herrn Ministerpräsidenten
Armin Laschet
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Dortmund, 17.06.19
Be/Kei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit großer Enttäuschung habe ich in einem Schreiben aus der Staatskanzlei die Mitteilung erhalten, dass Sie leider aufgrund einer Vielzahl bestehender Termine keine Zeit für eine persönliche Entgegennahme der vom VBE NRW initiierten Petition zur Aufhebung der Ungerechtigkeit in der Lehrerbesoldung haben.

Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Diese Enttäuschung wird nicht nur von den fast 36.000 Unterstützerinnen und Unterstützern der Petition und der gesamten Mitgliedschaft des VBE NRW geteilt, sondern vielmehr auch von allen Lehrkräften des Landes NRW, die in den Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen tätig sind. Den Schulformen, in denen der Lehrkräftemangel am höchsten ist und perspektivisch bleiben wird.

Tel. 0231/42 57 57 0
Fax 0231/42 57 57 10
email: info@vbe-nrw.de
<http://www.vbe-nrw.de>

Sie lassen in dem o.g. Schreiben auf Frau Ministerin Gebauer verweisen, die die fachlich zuständige Ministerin sei.

Das war der Punkt der Brieflektüre, an dem ich mich fragte, ob Ihr politischer Grundgedanke „Zuhören. Entscheiden. Handeln.“ auch für die Kabinettsitzungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung gilt.

Die zuständige Ministerin ist im vollen Bilde bezüglich des Ausmaßes des Lehrkräftemangels und auch der Ungerechtigkeiten in der Lehrerbesoldung. Einen weiteren Termin mit ihr bezüglich dieser Thematik werde ich sowohl mir als auch ihr ersparen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MSB gehen die verschiedensten Wege, um Personal für die Schulen zu akquirieren und die Einstellungszahlen zu verbessern.

Wissen Sie eigentlich, dass es momentan in NRW einfacher ist, ohne Lehramt unbefristet in den Schuldienst zu gelangen als mit einem Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen in eine Haupt- oder Realschule?

Wenn die Landesregierung – und zwar die gesamte Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze – ein wirksames Signal gegen den Lehrkräftemangel in NRW setzen will, muss endlich die Ungleichbehandlung in der Besoldung der Lehrkräfte aufgehoben werden.

Über die Wertschätzung der im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen habe ich noch gar nicht gesprochen. Mehrfach getätigte Ankündigungen, Änderungen herbeiführen zu wollen, Konsequenzen aus veränderten Ausbildungen zu ziehen, Stufenpläne vorzulegen und sich ernsthaft der Sache annehmen zu wollen, sind bisher folgenlos geblieben. Es wäre gut, wenn aus Worten Taten werden. Eine Frage der Wertschätzung?!

Lehrkräfte in den Grund-, Haupt-, Real-, Sekundar-, Gesamt- und Förderschulen sind es gewohnt, dass Politik zwar Lippenbekenntnisse abgibt, sich aber nicht an gegebene Versprechungen hält. Anscheinend ist es einfacher und öffentlichkeitswirksamer, ausgefallene Unterrichtsstunden zählen zu lassen, anstatt das Übel des Stundenausfalls, den Personalmangel, endlich tatkräftig anzugehen.

„Zuhören. Entscheiden. Handeln.“ – Ein Grundgedanke politischer Arbeit, der mir sympathisch ist, wenn er nicht leere Worthülse bleibt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
die Politik schaut immer gerne zurück auf die Versäumnisse der Vergangenheit, die schließlich andere zu verantworten haben.

Es wäre an der Zeit für die Schulen, die Lehrkräfte, die Kinder und Eltern in NRW, wenn Politik nicht nur aus der Rückschau, sondern auch mit einem Blick in die Zukunft gestaltet werden würde. Ihre Landesregierung hat es in der Hand, Sie als Ministerpräsident sind hier gefragt.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Behlau
Vorsitzender